

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2012)

Heft: 3: Energiestrategie 2050

Artikel: Pseudoausstieg oder Einstieg in die Energiewende?

Autor: Buri, Jürg

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586736>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

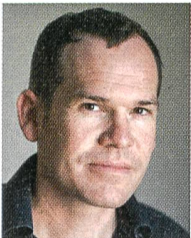
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pseudoausstieg oder Einstieg in die Energiewende?

Fukushima und die Wahlen 2011 haben es möglich gemacht: Bundesrat und Parlament haben vor eineinhalb Jahren den Atomausstieg beschlossen. Unsere Energieministerin hat daraus ein umfassendes erstes Massnahmenpaket für die Energiewende gemacht. Sie hat richtig erkannt: Raus aus dem Atom ist nur die halbe Wende. Wir müssen auch raus aus den Fossilen und rein in die Erneuerbaren. Beim «rein» hapert es an griffigen Massnahmen, beim «weniger ist mehr» ebenso. Aber lieber ein mehrheitsfähiger Einstieg in die Energiewende, statt weitere zehn Jahre energiepolitisches Treten an Ort.



Von **JÜRIG BURI**
SES-Geschäftsleiter, juerg.buri@energiestiftung.ch

Die Schweiz ist das reichste Land der Welt, wenn auch der Reichtum extrem schief verteilt bleibt. Durchschnittlich verdient ein(e) SchweizerIn im Jahr 72'000 Franken und hat ein Vermögen von 176'000 Franken. In einem durchschnittlichen Unternehmen oder im

Haushaltsbudget einer Privatperson machen die Energiekosten etwa 2–5% der gesamten Ausgaben aus.

Keine CH-Rohstoffe

Ausser der Wasserkraft und etwas Biomasse hat die Schweiz keine eigenen Energieressourcen. Vier Fünftel der Energie wird in Form von Erdölprodukten, Erdgas und Uranbrennstäben importiert. Wir kaufen jährlich für etwa 10 Milliarden Franken Energie im Ausland ein. Dieses Geld fliesst nach Libyen, Nigeria, Algerien, Saudi-Arabien, Iran, Russland, Kasachstan, Norwegen – und oft wieder auf Schweizer Bankkonten zurück. Unser Reichtum fusst auf anderen Faktoren: stabiler Hafen für schwarzes und weisses Geld, wenig Transparenz und tiefe Steuern, guter Bildungsplatz, hohe Innovation und viel frische Luft. Banken, Börsen, Chemie und KMU prägen die Landschaft. Energieintensive Betriebe gibt es nur noch wenige, obwohl die Energie in unserem Land billiger ist als anderswo in Europa.

Horrender Energieverbrauch

Im reichsten Land der Welt ist auch der Energieverbrauch rekordverdächtig. Seit 1970 hat er sich fast verdoppelt. Wenn Energie billig ist, wird sie bedenkenlos konsumiert und verschwendet. Kein Wunder hat die Schweiz die spritfressendste Autoflotte Europas, geheizte Fussballfelder und mit rund 50 m² am meisten (geheizte!) Wohnfläche pro Person. Wir können es uns leisten, ganze Städte, Dörfer, Strassen und Schaufenster ohne Nutzen die ganze Nacht elektrisch zu beleuchten. Zählen wir den Energieverbrauch der im-

portierten Konsumgüter hinzu, so haben wir heute pro Person einen Energiebedarf von mindestens 8300 Watt (Dauerleistung). Das heisst, für jeden von uns brennen permanent über achtzig 100-Watt-Glühbirnen! Das ergibt eine Energierechnung für unser Land von gut 30 Milliarden Franken jährlich.

Fossiles wird teuer

Mittlerweile will sogar der amerikanische Präsident sein Land unabhängiger vom Erdöl machen und bis 2025 1700 Milliarden Dollar an Benzinkosten sparen. Ende August hat Barack Obama ein Gesetz vorgelegt, welches den Benzinverbrauch der Autos bis 2025 halbieren soll. Statt über 8 soll die amerikanische PW-Flotte nur noch 4 Liter auf 100 Kilometer brauchen. Dieser Schritt Obamas ist verständlich. Denn die Kriege ums Öl kosten die USA jährlich mehrere Hundert Milliarden US-Dollar. Die Zeit des billigen Öls neigt sich dem Ende zu – das pfeifen mittlerweile auch saudische Spatzen von den Dächern. Die heutigen OECD-Länder werden das billige und knapper werdende Öl zunehmend mit China, Indien, Brasilien und Afrika teilen müssen. Denn auch dort wird je länger je mehr Auto gefahren, geheizt, gekühlt, gefertigt, geduscht, geglottzt und beleuchtet.

Erneuerbares wird billiger

Während die Preise für die knapper werdenden fossilen Energierohstoffe steigen, fallen sie für Windräder und Sonnenenergie-Anlagen drastisch. Heute produziert eine gute Solarstromanlage im Mittelland 1 Kilowattstunde für 20 Rappen. Vor fünf Jahren war sie mindestens drei Mal so teuer. Die Produktionskosten für Solarstrom sind heute fast so tief wie der Preis für 1 Kilowattstunde vom Elektrizitätswerk. Auch einheimisches Holz war in den letzten Jahren immer billiger als Heizöl.

Fukushima als Trigger

11-3-11 hat uns die fast vergessene Fratze einer unbeherrschbaren und zu gefährlichen Technologie vor-



Der «Plan Leuthard» ist ein mehrheitsfähiger Einstieg in die Energiewende!

Der «Plan Leuthard» ist eine energiepolitische Schlaumeierei und dient der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke – auf Kosten all unserer Sicherheit!

Foto: www.dreamstime.com

Augen geführt. Die Folgen sind für die japanische Bevölkerung, für die Umwelt und auch für den ehemaligen AKW-Betreiber fatal. Auch wenn gewisse Kreise den Super-GAU bereits klein reden, so ist eine deutliche Mehrheit der Schweizer nach wie vor gegen den Neubau von AKW. Und das wird wohl noch eine Weile so bleiben.

Doris als Glücksfall?

Doris Leuthard hat diesen Tatsachen in die Augen geschaut und sich zuerst für den Atomausstieg und dann für die Energiewende entschieden. Sie brauchte dafür keine ökologische Überzeugung, sie sah die politischen aber auch volkswirtschaftlichen Chancen. Unser aller Glück war ihre Parteizugehörigkeit. Bei ihrem SP-Vorgänger wäre dieser Richtungswechsel wegen parteipolitischer Abwehrreflexe nie mehrheitsfähig gewesen. Und klar, Bundesrätin Leuthard hatte den nötigen Mut und den nötigen Charme, um die Fackel der Energiewende endlich durchs Bundeshaus zu tragen. Wer sie in der entscheidenden Ständeratsdebatte gegen die demonstrativ Kreuzworträtsel lösenden Atomköpfe hat referieren sehen, weiss, dass ihre Überzeugung ehrlich ist. Nicht weil sie über Nacht zur Atomkritikerin geworden wäre. Nein, sie wusste einfach, dass AKW-Neubauten schlicht unrealistisch geworden waren und die erneuerbaren Energien, die effizienten Technologien und die Ge-

bäudesanierungen allesamt ein riesiges Potenzial an Arbeit und Wohlfahrt für hiesige KMU bedeuten. Leider haben das bis heute weder der Gewerbeverband geschweige denn die SVP begriffen. Sie haben noch immer das Gefühl, dass billige Energie für uns alle ein Segen ist.

Demokratie wendet nur langsam

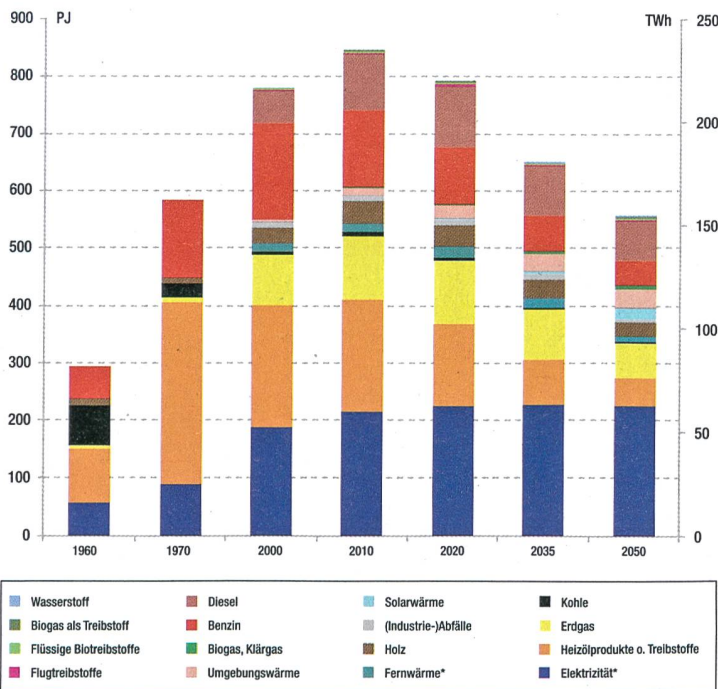
Bisher ist noch gar nichts neu und noch gar nichts entschieden. Die SVP und die nuklearen Altherrenklubs fordern bereits wieder neue AKW. Wie und vor allem wie schnell der politische Prozess laufen wird, ist schwierig vorauszusagen. Momentan gehen die Gesetzesvorschläge von Doris Leuthard in die Vernehmlassung. Im Sommer 2013 gibt es den definitiven Vorschlag des Bundesrates und darauf folgt die Parlamentsdebatte. Falls der «geordnete» Atomausstieg als eines der zentralen Elemente der Vorlage das Parlament überstehen wird, werden die Adlaten der Atomstromwirtschaft und die so genannten Wirtschaftsverbände wohl dagegen das Referendum ergreifen und es kommt in etwa 2015 zu einer Volksabstimmung. Bis dahin bleibt alles beim Alten und vor allem bleibt unklar, wohin die Reise geht.

Der «Plan Leuthard»

Bundesrätin Leuthard und ihr Bundesamt haben wenig Neues erfunden. Mussten sie auch nicht. Die «Ener-

Zusammensetzung des Energieverbrauchs

auf der Basis des Massnahmenpakets des UVEK



Quelle: Prognos 2012

gieperspektiven 2050», so heisst das neue Konzept, ähnelt den alten Perspektiven aus dem Jahre 2007. Schop damals hatte Energieminister Moritz Leuenberger vorgerechnet, dass der Atomausstieg mit erneuerbaren Energien und effizienterem Stromeinsatz möglich ist.

Trotzdem überzeugt Doris Leuthard, insbesondere in einem Punkt: Sie kommuniziert besser und verkauft geschickter. Sie redet nicht nur vom Atomausstieg, sondern von der gesamten Energieversorgung, also auch von Mobilitätsreduktion, Gebäudesanierungen und Klimaschutz. Und sie stellt klar, dass die Wende ein langer Prozess sein wird, dass wir jetzt die Weichen stellen müssen und Zeit brauchen, dass ihr erstes Massnahmenpaket nur ein Anfang sein kann und später mehr nötig sein wird. Es braucht auf allen Seiten Kompromisse, und auch wir als KonsumentInnen müssen diesen Weg mitgehen. So weit so gut.

Ziele in weiter Ferne

Bis im Jahr 2050 will Bundesrätin Leuthard den Gesamtenergieverbrauch um einen Drittel senken und der Stromverbrauch soll ab 2020 stabil bleiben. Das ist aus 2000-Watt-Sicht zu wenig, aber pro Kopf und mit weiterem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum immerhin ein 4000-Watt-Ziel. Was dabei auf- und missfällt, ist die Verschiebung der Zielerreichung nach hinten. So soll in den nächsten zehn Jahren, also während ihrer Amtszeit, quasi kaum etwas geschehen, ab 2030 bis 2050 jedoch fast die gesamte Wirkung erzielt werden. Lange politische Prozesse in Ehren: Fakt ist, dass die wirklich zielführenden Massnahmen auf die nächste PolitikerInnen-Generation verschoben werden. Langfristziele ohne verbindliche

Zwischenziele und vor allem ohne Massnahmen sind wertlos und politische Schlaumeierei.

Griffige Massnahmen fehlen

Doris Leuthard gibt denn auch unumwunden zu, dass ihr Massnahmenpaket nicht genügt, um die Ziele zu erreichen. Dazu seien weitere Massnahmen ab 2020 nötig. Was sie für die nächsten zehn Jahre vorschlägt, ist demzufolge lediglich wenig: Die Verstärkung des Bisherigen und die Einführung dessen, was wir aus EU-Kompatibilität sowieso tun müssen. Auf neue wirksame und effizientere Massnahmen, wie zum Beispiel eine Energielenkungsabgabe, sollen wir weitere zehn wohl eher zwanzig Jahre warten. Eine weitere Tatsache ist, dass es keine verbindlichen Abschaltdateen für die fünf Atomkraftwerke geben soll. Womit es auch unwahrscheinlich bleibt, dass die einheimischen Potenziale an Erneuerbaren konsequent und rasch erschlossen werden. Die grossen Staatsstromer jedenfalls machen bisher gute Mine zum bösen Spiel. Sie wollen weder mithelfen, die dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien voranzubringen, noch sind sie bereit, ernsthafte Stromsparmassnahmen mitzutragen. Was sie interessiert, ist der möglichst lange Betrieb ihrer Uralt-AKW – auf Kosten all unserer Sicherheit – sowie der Ausbau der Stromdrehzscheibe Schweiz und die Auslandsinvestitionen.

Am Ende gehts ums Geld

Wie immer wird es in der politischen Ausmarchung am Ende ums Geld gehen. Die GegnerInnen der Energiewende werden der Bevölkerung mit hohen Kosten Angst einflössen. Dabei werden sie geflissentlich die Erblasten des nuklearen Vermächtnisses verschweigen und nur von teuren Erneuerbaren reden. Einfach ist die Kostenabschätzung für die Energiewende in der Tat nicht. Verschiedene haben es trotzdem getan. Die Zahlen liegen bei 35 bis 100 Franken pro Person und Jahr. Gemessen am durchschnittlichen Jahreseinkommen ein Pappenstiel. Denn dafür gibt es mittelfristig eine zukunftsfähige, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung ohne Restrisiko. Je früher wir damit beginnen, desto eher werden wir als Exportnation und Innovationsplatz auch volkswirtschaftlich profitieren und neue Arbeitsplätze schaffen.

Vom Glas

Der Plan Leuthard ist aus heutiger Sicht vor allem ein gut verkaufter Einstieg in die Energiewende. Die langfristige Zielsetzung ist einigermassen richtig, was fehlt sind die wirksamen Massnahmen mit Anreizumkehr. Als definitives Signal zum Hebel umlegen, reicht der Vorschlag noch nicht. Trotzdem, es gibt mehr Argumente für diesen dosierten, hoffentlich mehrheitsfähigen Einstieg in den Ausstieg als dagegen. Am Geld kann es im reichsten Land der Welt nicht liegen und die Zeit arbeitet zweifelsohne für die Wende. Denn diese kommt – so oder so. <